

Adenauer schlug dann als Termin für den Parteitag in Hamburg den 1.–5. Februar vor.

Tillmanns hielt es für zweckmäßig, den Parteitag erst im März abzuhalten, da sonst für die Vorbereitung zu wenig Zeit sei.

Adenauer wies darauf hin, daß dann aber nach dem Parteitag zu wenig Zeit bleibe. Im übrigen sei es nicht gut, den Ausschüssen zu viel Zeit zu lassen, da sie sonst nichts tun würden.

Daraufhin wurde beschlossen, den Parteitag in Hamburg vom 1.–5. Februar abzuhalten.¹⁶

Die Sitzung wurde um 17.30 Uhr geschlossen.

16 Vgl. Anm. 1.

15

Sitzung des geschäftsführenden Vorstands mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse

Bonn, 7. November 1952

Sprecher: Frau Eichelbaum, Heck, Hellwig, Karsch, Lünendonk, Scharnberg, Tillmanns, Wehking, Willecke, Wuermeling.

Vorbereitung des Hamburger Parteitages: Bericht der Bundesfachausschüsse und Vorschläge für ein Programm.

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Grundlage der Besprechung war der Beschuß des Berliner Parteitages, in dem die Ausschüsse der Partei beauftragt wurden, dem Hamburger Parteitag Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterbreiten, insbesondere zur Förderung der Familie und der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes.¹

1 Vgl. CDU, 3. Parteitag S. 150.

Einleitend wurde betont, daß das Aktionsprogramm der SPD², das in einem Auszug den Teilnehmern der Sitzung vorgelegt wurde, nicht Leitfaden unserer Arbeit sein könne, sondern daß es darauf ankomme, etwas eigenständig Erarbeitetes vorzulegen, keine Wahlversprechungen, sondern ein klares Programm, das auch durchgeführt werden könne.

Dabei müsse man ausgehen vom Ahlener Programm und von den Düsseldorfer Leitsätzen³; deren Formulierungen müßten überprüft, überarbeitet und ergänzt werden, mit anderen Worten: Ahlener Programm und Düsseldorfer Leitsätze müßten den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden.

Erste Aufgabe sei, die ausgezeichneten Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft herauszustellen.

Lünendonk (Sozialpolitischer Ausschuß) macht im einzelnen folgende Vorschläge: 1. Steigerung der Produktion, um ein erhöhtes Sozialprodukt zu erreichen. 2. Weiterentwicklung der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. 3. Sicherung des Alters nach getaner Arbeit (auch für das Handwerk). 4. Materielle Sicherstellung der Familie durch Einrichtung von Familienausgleichskassen. 5. Förderung des Wohnungsbauens.

Nach einem Bericht über die bisherige Arbeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses schlug *Hellwig*⁴ im einzelnen folgendes vor:

1. Die Politik des Herrn Bundeskanzlers auf außenpolitischem Gebiet müsse auch auf die Wirtschaftspolitik übertragen werden, daher unsere Forderung: Wirtschaftliche Integration Europas.
2. Verbilligung der Produktion (Standardisierung, Gütezeichen), Verbesserung des Lebensstandards. Auch die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst könne nur durch erhöhte Produktion und durch erhöhte Umsätze erreicht werden.
3. Entscheidend sei die Stabilität der Währung; hier müsse man darauf hinweisen, daß die Sozialisten mit ihrem Wirtschaftsprogramm nicht ohne Währungsmanipulationen auskommen könnten.

2 Der im Juli 1952 veröffentlichte Entwurf eines Aktionsprogramms wurde auf dem SPD-Parteitag vom 24.–28. September 1952 in Dortmund mit einigen Ergänzungen angenommen (AdG 1952 S. 3586, 3671).

3 Das „Ahlener Programm“ war am 1.–3. Februar 1947 vom Zonenausschuß der CDU der britischen Zone verabschiedet worden (vgl. Nr. 6 Anm. 6). Die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom 15. Juli 1949 wurden im Frühjahr 1949 von Franz Böhm, Franz Etzel, Bernhard Pfister, Adolf Reifferscheidt, Fritz Hellwig und Hugo Scharnberg ausgearbeitet und lagen in einer Kurzfassung und einer erweiterten Fassung vor. In der 21. Sitzung des Zonenausschusses der CDU in Königswinter für die britische Zone am 2. und 3. Juni 1949 wurde die Kurzfassung verabschiedet (Druck: Die CDU und ihr Programm S. 25–59; vgl. auch HELLWIG).

4 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), seit 1947 Mitglied von wirtschaftspolitischen Ausschüssen der CDU, 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB (1956–1959 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik), 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG.

4. Nachdrücklich müsse darauf hingewiesen werden, daß das Betriebsverfassungsgesetz ein Gesetz der Regierungsparteien und nicht der SPD sei. Auf dieser Grundlage müsse eine echte Partnerschaft in den Unternehmungen angestrebt werden. Der Versuch einer außerbetrieblichen Funktionärs herrschaft in den Betrieben sei abzulehnen.

5. Die materielle Sicherung der Familie müsse über das Eigentum gehen; das gelte sowohl für den Wohnungsbau wie für die Altersfürsorge.

6. Den schillernden Begriff eines „freiheitlichen Sozialismus“ müsse man entlarven. Der Begriff des Eigentums sei nicht mehr gewährleistet, wenn das Verfügungrecht über das Eigentum der Staat usurpiere.

Darüber hinaus wies Dr. Hellwig darauf hin, daß die Arbeitskreise des Wirtschaftspolitischen Ausschusses sich noch mit folgenden Fragen befassen: 1. Fragen der Marktwirtschaft (Standardisierung und Gütezeichen) 2. Rechtliche und wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung von Eigentum 3. Wohnungswirtschaftliche Fragen 4. Kartellrechtsfragen 5. Geld-, Kredit-, Finanz- und Steuerfragen 6. Neuordnung der Verkehrswirtschaft 7. Preisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie 8. Sozialplan der SPD und Sozialenquete.

*Karsch*⁵ (Ausschuß für Kriegsopfer) forderte, da das Bundesversorgungsgesetz⁶ durch die Teuerung überholt sei, eine echte und wirkliche Teuerungszulage in der Form der beantragten 13. Monatsrente.

Als zweite Forderung auf dem Parteitag müsse das Schwerbeschädigtengesetz⁷ herausgestellt werden.

*Wehking*⁸ (Ausschuß für Landwirtschaft): Zur Lösung des Landarbeiterproblems, das dringlich sei, müsse die Bezahlung von Ausgleichslöhnen, eine bessere Altersversorgung und eine bevorzugte Verwendung bzw. Einstellung bei Bundesbahn und Bundespost für Landarbeiter mit einer bestimmten Dienstzeit auf dem Lande gefordert werden. Für diejenigen, die nach zehn Jahren nicht im öffentlichen Dienst unterzubringen seien, müsse ein Lohnausgleich gezahlt werden.

*Willecke*⁹ (Ausschuß für Kommunalpolitik) führte aus, daß man der SPD-Parole von der Kommunalfeindlichkeit der CDU entgegentreten müsse.

5 Heinrich Karsch (1894–1955), Mitgründer der CDU Mönchengladbach, 1946–1955 Stadtrat Mönchengladbach (Fraktionsvorsitzender), 1951–1955 Vorsitzender des Kriegsopferausschusses der CDU.

6 Bundesversorgungsgesetz (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) vom 20. Dezember 1950 (BGBl I S. 791).

7 Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter lag seit dem 4. Juni 1952 als Entwurf der Bundesregierung vor und wurde am 5. Mai 1953 vom Bundestag verabschiedet (BGBl I S. 389).

8 Heinrich Wehking (1899–1984), 1946–1948 und 1952–1956 Landrat des Kreises Minden (CDU), 1947–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1965 MdB, 1961–1967 Mitglied der Synode der EKD.

9 Dr. Friedrich Wilhelm Willeke (1893–1965), 1925–1930 Verkehrsdezernent und Magistratsrat der Stadtverwaltung Recklinghausen, 1930–1947 Amtsburgermeister des Amtes Marl,

Der Wohnungsbau, der auf Kommunalebene besonders interessiere, müsse vor allem in Form des privaten Wohnungsbaues gefördert werden.

Auf sozialem Gebiet gelte es, die privaten und kirchlichen Institutionen zu fördern, da sie billiger arbeiten und ein Gegengewicht gegen die kommunalpolitischen totalitären Bestrebungen der SPD bildeten.

*Eichelbaum*¹⁰ erklärte, daß der Frauenausschuß nicht selbständig in Aktion treten wolle. Er beabsichtigte, seine Mitglieder in die einzelnen Fachausschüsse zu entsenden, um hier jeweils das für die Frau Wichtige zu vertreten.

Wuermeling (Öffentliche Verwaltung) führte aus, daß die Frage der Besoldung [der] im öffentlichen Dienst Beschäftigten vordringlich sei.

Scharnberg (Wahlrechtsausschuß) schlug vor, einen eigenen Parteiausschuß für außenpolitische Fragen einzusetzen, der sich mit der Erweiterung unserer Europapolitik im Sinne des Vorschlags von Herrn Dr. Hellwig befassen solle.

Folgende Ausschüsse waren nicht vertreten: Familienrechtsausschuß, Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film, Kulturpolitischer Ausschuß, Soldaten-Ausschuß, Vertriebenen-Ausschuß¹¹, Junge Union.

Lünendonk schlug vor, daß der Vorstand Herrn Albers, Köln, bitten möge, als Vertreter der Sozialausschüsse an den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses teilzunehmen.

Abschließend schlug *Tillmanns* vor, daß die Fachausschüsse bis zum 20. Dezember 1952 dem Vorstand ihre klar formulierten Forderungen einreichen sollen, die dann Anfang Januar mit dem Vorstand eingehend beraten werden.

Der Vorschlag wurde angenommen und dahingehend ergänzt, daß eine Koordinierung der Forderungen des Sozialpolitischen Ausschusses und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses bereits bis zum 20. Dezember stattgefunden haben müsse.

In Hamburg sollten dann die Fachausschüsse tagen, um die vorbereiteten Vorschläge abschließend zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen solle dann dem Plenum vorgelegt und im Plenum diskutiert werden, um aus der Diskussion im Plenum unser Programm für die Wahlen zu gewinnen, das dann am Schluß des Parteitages proklamiert werden solle.

seit 1947 Geschäftsführer der KPV Nordrhein-Westfalen, 1948 Mitgründer und Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, bis 1957 Bundesgeschäftsführer und 1957–1965 Generalsekretär der KPV, 1953–1965 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik und Sozialhilfe).

10 Maria Eichelbaum (geb. 1910), von 1951–1954 mit Helene Weber gleichberechtigte Vorsitzende des am 21. September 1951 konstituierten Bundesfrauenausschusses der CDU.

11 Bei seiner Sitzung am 27. September 1952 in Königswinter hatte der Vertriebenenausschuß mit 18 Stimmen gegen 3 Enthaltungen beschlossen, seine Tätigkeit einstweilen einzustellen (vgl. KATHER 1 S. 256; vgl. auch Schreiben Kather an Adenauer vom 29. September 1952 – NL Kather ACDP I-377-004/3).

In einer Schlußdiskussion wurde darauf hingewiesen, daß wir der SPD-Parole, die Armen wären ärmer und die Reichen reicher geworden, entgegentreten müssen. Es komme bei unserer ganzen Programmgestaltung darauf an, darzulegen, daß der bisherige wirtschaftspolitische Weg notwendig gewesen sei, um die Grundlage für unser Programm der Eigentumsbildung auf breitesten Basis zu gewinnen.

Hellwig stellte in diesem Zusammenhang noch einmal folgende Forderungen heraus: 1. Preissenkung, 2. Entwicklung einer Verbraucherpolitik, 3. Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr.

16

Bonn, 15. Dezember 1952

*Sprecher: Adenauer (zeitweise), Albers, [Altmeier], Bach, Cillien, Dichtel, Ehlers, Fay, Frau Gröwel, Gürk, Heck, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lehr, Lenz, [Majonica], Müller, Scharnberg, Simpfendorfer, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.*¹

Bericht Adenauers: Außenpolitische Lage. Deutschland- und EVG-Vertrag: Vorgänge bei der 2. Lesung der Verträge im Bundestag, Verschiebung der 3. Lesung, Klage der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht, Ziele der SPD; Kritik am Verhalten und an der personellen Besetzung des Gerichts. Aussprache dazu. Verhalten der CDU-Ministerpräsidenten. Verhältnis zu früheren Wehrmachtangehörigen. Beurteilung von SPD und FDP. Parteiprogramm für die Bundestagswahl. Verhalten gegenüber der SPD. Hamburger Parteitag: Termin, Räumlichkeiten, Programm; Stärkung des Mittelstands, insbesondere der Beamten; CDU als Volkspartei. Parteitag der Democrazia Cristiana in Rom und mögliche Verwertung der dabei gemachten Erfahrungen. Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung in der SBZ.

Beginn: 15.00 Uhr

Adenauer: Die schon lange vorgesehene Vorstandssitzung findet unter besonders ernsten Umständen statt. Ich möchte eines an die Spitze stellen: Ich bitte Sie alle um absolute Diskretion über das, was heute und evtl. morgen hier verhandelt wird. Wir werden ja ein Pressekommuqué herausgeben müssen, eine Entschließung,

1 Nach der dem Beschußprotokoll als Anlage II beigefügten Anwesenheitsliste haben folgende Personen an den Sitzungen des Parteivorstands vom 15. und 16. Dezember 1952 teilgenommen:

Die Mitglieder des Bundesparteivorstands:

K. Adenauer, E. Bach, A. Dichtel, H. Ehlers, M. Gröwel, J. Kaiser, K.G. Kiesinger,